

Geilenkirchen BÜRGERLISTE

Fraktion im Rat der Stadt Geilenkirchen

Vorwort

Wenn ich gewusst hätte, dass in der Haushaltsrede der Grünen vor mir 24 Minuten Unwahrheiten verbreitet worden wären, hätte ich wahrscheinlich eine andere Rede geschrieben. Auf ein paar Dinge will ich vorab eingehen. Es ist schon abenteuerlich, wenn die Grünen behaupten, als einzige Fraktion dem Bürgerwillen bei der Sanierung der Fliegerhorstsiedlung gefolgt zu sein. Um den Bürgerwillen zu ermitteln, gab es eine Bürgerversammlung, in der die Mehrheit sich für die Variante ausgesprochen hat, die vom Rat dann ohne die Grünen beschlossen wurde.

Weiterhin ist es einfach falsch, dass die Verzögerung beim Bau der Turnhalle in Gillrath durch einen politischen Entschluss von CDU und Bürgerliste über den Standort verursacht wurden. Der Standort musste aus rein technischen Gründen gewechselt werden!

Dass die Ortsvorsteher nur dazu dienen, die Politiker von CDU und Bürgerliste zu bereichern, ist eine Frechheit. Wenn ich sehe, wie viel Arbeit unser hier anwesender Ortsvorsteher aus Gillrath, Herr Gerads, aufgrund dieses Amtes investiert, dann muss ich sagen, dass ich den Job nicht machen möchte. Wenn man die ganzen Stunden, die von ihm hierfür monatlich aufgewendet werden, auf die Aufwandsentschädigung umrechnet, dann liegt man mit Sicherheit unter dem Mindestlohn.

Und wie die Einnahmen der Stadt ohne Steuererhöhungen nur durch Kartoffeln statt neuen Gewerbe- oder Industriegebieten erhöhen werden sollen ist mir schleierhaft.

Jetzt aber zur eigentlichen Rede:

Haushaltsrede der Bürgerliste in der Ratssitzung am 23.03.2022

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

sehr verehrte Damen und Herren,

zunächst einmal möchte ich mich bei unserer Kämmerin, Frau Feratovic, und ihrem Team für die Aufstellung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 bedanken. Nach Jahren des wirtschaftlichen Wachstums und der steigenden Gewinne ist ihr „Debüt-Werk“, Frau Feratovic, ausgerechnet in eine Zeit gefallen, in der sich aus finanzieller Sicht viele Dinge eintrüben. Die anhaltende Corona-Pandemie belastet die öffentlichen Haushalte, hinzu kommen noch die wirtschaftlichen Schäden durch die Überflutung vor 8 Monaten sowie aktuell der völkerrechtswidrige und durch nichts zu rechtfertigende Angriffskrieg Russlands, den ich hiermit ausdrücklich in aller Härte verurteile.

Das alles hinterlässt Spuren in den Finanzen der Stadt Geilenkirchen und macht es Ihnen, Frau Feratovic, nicht leicht, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erstellen.

Erstmals seit 2016 wieder steigende Steuerhebesätze

Während die Steuerhebesätze seit 2016 über viele Jahre konstant gehalten werden konnten, wird trotz diverser Einsparungen und der Verschiebung von Investitionen im Jahr 2022 bedauerlicherweise auch eine deutliche Erhöhung der Grundsteuerhebesätze notwendig. Uns ist bewusst, dass dies gerade in Anbetracht der zurzeit hohen Inflationsrate und der Verteuerung von Öl, Gas und Strom eine zusätzliche Belastung gerade für Haushalte mit geringem Einkommen darstellt, die wir gerne vermieden hätten.

Zugleich ist aber auch in Zeiten schwieriger Finanzen sicher zu stellen, dass die Stadt Geilenkirchen ihren gesetzlichen Aufgaben vollumfänglich und in angemessenem Rahmen nachkommt und die Finanzierung nicht in Form von ausufernden Schulden auf zukünftige Generationen verschoben wird.

Hier wird das Hauptdilemma deutlich, in dem sich Städte und Kommunen befinden: während sich die Aufgaben und damit die Ausgaben durch zusätzlich übertragene Tätigkeitsfelder immer weiter vervielfältigen, bestehen nur auf wenige Einnahmen konkrete Einflussmöglichkeiten. Auf die größten Einnahmepositionen, den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen, zu denen auch die Schlüsselzuweisungen gehören, sowie dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer hat die Stadt Geilenkirchen keinerlei Einfluss. Nennenswert beeinflusst werden kann lediglich die Höhe der Gewerbesteuer sowie der Grundsteuer A und B.

Zudem belastet insbesondere das Problem der von oben beschlossenen, aber nicht im Sinne des Konnektivitätsprinzips ausfinanzierten Sozialleistungen die Kommunen vielerorts schon seit Jahrzehnten. In der Stadt Geilenkirchen steigen in diesem Jahr beispielsweise die Transferaufwendungen, zu denen unter anderem Sozialleistungen sowie die Zahlungen an Träger von Kindertagesstätten gehören, um 3,21 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr an. Bund und insbesondere Land sind hier erneut aufgerufen, eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen zu gewährleisten.

Unter'm Strich weist das Jahresergebnis einen Fehlbetrag in Höhe von gut 4,1 Millionen Euro aus, welcher ohne die Regelungen des Covid-19-Isolierungsgesetzes sogar bei gut 7,3 Millionen Euro liegen würde. In Anbetracht dieser Zahlen ist zunächst einmal völlig richtig, diese Entwicklung als eine Aufforderung an Rat und Verwaltung zu verstehen, zukünftige Ausgaben mit Bedacht zu tätigen.

Hiermit kommen wir dann auch zu dem „Aufreger-Thema“ der diesjährigen Haushaltsberatungen. Schon beim Schreiben dieser Zeilen war ich mir sicher, dass insbesondere die Grünen sich an einem Thema besonders hitzig abarbeiten und schwere Vorwürfe formulieren werden: der von den Fraktionen CDU, Bürgerliste und FDP geforderte Ordnungs- und Sicherheitsdienst.

Städtischer Ordnungs- und Sicherheitsdienst zwingend erforderlich

Im Gegensatz zu den Grünen, die meinen, alles Übel dieser Welt allein durch Sozialarbeiter bekehren zu können, sind wir der Meinung, dass es zwingend erforderlich ist, neben der präventiven Arbeit durch Sozialarbeiter auch das ein oder andere Mal mit aller Härte

ordnungsbehördlich durchgreifen zu können, insbesondere dann, wenn die vorhergehende Sozialarbeit nicht zu einem sozialverträglichen Ergebnis geführt hat:

- Es ist nicht akzeptabel, dass in Geilenkirchen Angsträume wie z.B. der Wurmauenpark existieren, in denen sich Bürgerinnen und Bürger nach Einbruch der Dunkelheit unsicher fühlen.
- Es ist nicht akzeptabel, dass wissentlich auf dem Marktplatz offen Drogen verkauft werden, und niemand kümmert sich darum.
- Es ist nicht akzeptabel, dass sich in den Gewerbegebieten oder auf dem Zentralparkplatz Abends und Nachts die Auto-Tuner-Szene trifft und dabei sowohl Ruhestörung begeht wie auch Müll und Glas auf der Straße entsorgt.
- Es ist nicht akzeptabel, dass es auf dem REWE-Parkplatz an der Quimperléstraße Abends zu Randalen kommt und keiner schaut hin.
- Es ist nicht akzeptabel, dass Vandalismus und Sachbeschädigungen von öffentlichen und privaten Gütern einfach hingenommen werden und der entstandene Schaden dann durch die Allgemeinheit beseitigt werden muss.
- Es ist nicht akzeptabel, dass wild entsorgter Müll dem Steuerzahler in Geilenkirchen jährlich 30.000 Euro kosten.

Es kann nicht richtig sein, dass eine Stadt wie Geilenkirchen hier schulterzuckend wegschaut. Insbesondere im Bereich der Ordnungswidrigkeiten, zu denen zum Beispiel das wilde Entsorgen von Müll oder Ruhestörung gehört, liegt die Zuständigkeit explizit bei der Stadt Geilenkirchen und nicht bei der Polizei.

Es ist unsere Pflicht, diese Aufgaben auch wahrzunehmen.

Daher halten wir es für richtig und wichtig, trotz der angespannten finanziellen Lage, in diesem Bereich tätig zu werden. Mehr noch: Ein Haushalt, in dem ein Ordnungs- und Sicherheitsdienst nicht eingeplant ist, könnte von uns keine Zustimmung erhalten.

Zudem besteht die Hoffnung, dass sich langfristig ein solcher Ordnungs- und Sicherheitsdienst zumindest ein Stück weit durch weniger Schäden durch Vandalismus rentiert.

Die Finanzierung durch eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes um 12 Prozentpunkte und eine geringfügige Erhöhung der Grundsteuer B um weitere 10 Prozentpunkte halten wir in Anbetracht einer zu erwartenden spürbaren Zunahme der tatsächlichen und der gefühlten Sicherheit insbesondere in den Abendstunden und an Wochenenden für akzeptabel. Durch den Finanzierungsvorschlag wird die finanziell angespannte Situation der Stadt Geilenkirchen zudem nicht zusätzlich verschärft, da den zusätzlichen Ausgaben auch zusätzliche Einnahmen entgegenstehen.

Der Ordnungs- und Sicherheitsdienst hat somit – anders als von den Grünen behauptet - keinen Einfluss auf eine drohende Haushaltssicherung.

Zudem ist es nicht richtig, dass ein eventuell zu erstellendes Haushaltssicherungskonzept – wie ebenfalls von den Grünen behauptet - die Schließung aller freiwilligen Einrichtungen sowie

Einstellung aller freiwilligen Zahlungen nach sich ziehen würde. Wenn dem so wäre dann hätte die Bücherei bereits aufgrund des ersten Haushaltssicherungskonzeptes im Jahr 2011 geschlossen werden müssen. Schaut man aber in die Unterlagen aus dem Jahr 2011, stellt man fest, dass der Zuschuss zur Bücherei lediglich marginal um 570,- Euro auf 324.150,- Euro reduziert worden ist. Auch insgesamt wurden 2011 die freiwilligen Leistungen trotz Haushaltssicherungskonzept lediglich um 1,9 Prozent reduziert.

Das Schlimme ist: aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit im Rat wissen Sie das alles, Herr Benden, und trotzdem erzählen Sie den Bürgern etwas Anderes und schüren damit Ängste!

Übrigens: gerade die Grünen, die sich jetzt so um eine angeblich drohende „Streichung der Mittel für das St. Ursula Gymnasium“ sorgen, haben im Jahr 2011 beantragt, die Zuschüsse für das Gymnasium langfristig um 10 Prozent zu reduzieren.¹

Zurück zum Ordnungs- und Sicherheitsdienst: Wir wünschen uns, dass der Ordnungs- und Sicherheitsdienst nicht nur im Stadtzentrum, sondern auch auf den Außenorten präsent sein wird, um auch dort dem zunehmenden Vandalismus entgegen zu wirken.

Investitionen: Turnhalle Gillrath, Gewerbegebiet Niederheid

Thema Außenorte: Hier möchten wir gerne nochmals das Augenmerk auf eine ganz bestimmte Investition in einem der Außenorte lenken mit der Hoffnung verbunden, dass diese in absehbarer Zeit endlich fertiggestellt werden kann.

Die Rede ist von der Turnhalle an der Grundschule in Gillrath. Vor ca. 5 Jahren wurde der Bau der Turnhalle beschlossen, seither wurde sie bereits in zwei Haushaltsreden von uns erwähnt, nur: gebaut wurde sie leider noch nicht. Da aber bekanntlich aller guten Dinge drei sind erhoffen und erwarten wir, dass Mitte dieses Jahres planmäßig mit den Rohbaumaßnahmen begonnen werden kann. Nach wie vor stehen die Mittel dazu bereit: im Jahr 2022 sind 1,292 Mio. Euro im Haushalt eingeplant, im Jahr 2023 weitere 940.000 Euro.

Uns ist bewusst, dass es zurzeit schwierig ist, im Rahmen von Ausschreibungen für alle Gewerke wirtschaftliche Angebote zu erhalten.

Diese Turnhalle ist jedoch für unsere Stadt und die Schüler wichtig und eine kluge Investition in die Bildung unserer Kinder. Daher erwarten wir von der Verwaltung, dass diese Turnhalle mit allerhöchster Priorität weiter vorangetrieben wird. Lassen Sie uns trotz aller Widrigkeiten in der Vergangenheit das Projekt in den nächsten zwei Jahren gemeinsam vollenden!

Eine weitere Investition, die hier angesprochen werden muss, ist die Erweiterung des Gewerbegebietes in Niederheid. Im Haushalt sind hier Mittel in Höhe von 2,5 Mio. Euro für die Erschließung und die Erweiterung des Gewerbegebietes Niederheid eingeplant. Wir weisen hier nochmals darauf hin, dass wir der Erweiterung bzw. dem zugehörigen Bebauungsplan nur zustimmen werden, wenn die offenen Fragen, die wir als Bürgerliste zu diesem Thema an die Verwaltung gerichtet haben, hinreichend beantwortet wurden, und nur dann, wenn die GI-Flächen deutlich reduziert werden.

Es muss geklärt sein, ob der Bedarf für die Erweiterung des Gewerbegebietes auch dann besteht, wenn statt der GI-Flächen nur GE-Flächen ausgewiesen werden.

¹ Quelle: Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am 20.07.2011, TOP 3: „Seiner {Bendens} Fraktion ginge es aber um eine Reduzierung der Kosten [Zuweisungen an das Gymnasium] von insgesamt 10 %“. Link: <https://stadt-gk.de/bi/getfile.asp?id=4982&type=do>

Zudem muss von Seiten der Bezirksregierung bestätigt werden, dass andere als die angegebenen Flächen nicht genehmigungsfähig gewesen wären.

Zustimmung durch Bürgerliste wenn der Ordnungs- und Sicherheitsdienst eingeplant bleibt

Damit möchte ich dann auch langsam zum Ende der Rede kommen. Der vorliegende Haushalt ist – aufgrund besonderer Umstände, die sich dem Einfluss der örtlichen Politik entziehen - ein schwieriger Haushalt und macht daher einige unangenehme Entscheidungen notwendig. Leider nimmt die finanzielle Belastung der Bürgerinnen und Bürger dadurch zu. Trotzdem wird die Bürgerliste dem Haushalt zustimmen, sofern der Ordnungs- und Sicherheitsdienst eingeplant bleibt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Christian Kravanja

Fraktionsvorsitzender